

UBK
2012

Kassel, den 24.02.2012



Jusos
Kassel-Stadt

[BESCHLÜSSE '12]

der ordentlichen Juso-Unterbezirkskonferenz des Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11.02.2012 im Wilhelm-Pfannkuch-Haus Kassel und des Juso-Unterbezirksausschusses am 22.02.2012.

Inhalt

A1	Organisationspolitisches Arbeitsprogramm	S. 02
A2	Internationale Schule ablehnen – Bildung für alle besser gestalten!	S. 04
A3	Freiwilliges Engagement stärken!	S. 07
A4	Kommunale Voraussetzungen für eine gute Hochschulentwicklung	S. 09
A5	Gleiche Chancen für AbiturientInnen an beruflichen Gymnasien	S. 13
A6	Basiskonferenz fortsetzen	S. 14
A7	Mut beweisen und den Flughafenausbau Kassel-Calden stoppen!	S. 15
A8	Fahrradverleihsystem „Konrad“ über 2012 hinaus in Kassel fortführen	S. 16
A9	Bedingungsloses Grundeinkommen	S. 17
A10	Sofortprogramm für die Energiewende – Was jetzt zu tun ist!	S. 19
A11	Mediaboxen auch in Kassel	S. 24
A12	Weiterentwicklung des §121 Hessische Gemeindeordnung (HGO)	S. 25
A13	Bundespräsident abschaffen!	S. 27
A14	Verfassungsschutz abschaffen!	S. 28
A15	Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien stoppen – Rüstungsexporte stärker reglementieren!	S. 29

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **1**

Antragsteller: Johannes Gerken

Organisationspolitisches Arbeitsprogramm

Einstimmig angenommen

Adressaten

Juso-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

1 Unterbezirksvorstand

Wir streben eine Verkleinerung des Juso-Unterbezirksvorstandes auf 5 Mitglieder an. Dabei steht im Mittelpunkt das Interesse den Vorstand zur effektiven organisatorischen Leitungsebene des Juso-Unterbezirksvorstandes werden zu lassen. Klassische UBV-Sitzungen werden weiterhin mitgliederoffen gestaltet, werden allerdings neuen „Sitzungsformaten“ zum Teil weichen müssen! Daher verlagert sich die Kommunikation zum Großteil auch auf neue Kommunikationswege. Jedes UBV-Mitglied sollte dabei ein Mindestmaß an Eigeninitiative zeigen.

9 Juso-Plenum

Die Unterbezirksausschusssitzungen werden in einem neuen Format aufgehen, nämlich dem „Juso-Plenum“. Der neue Name soll den Charakter einer allen Mitgliedern offenstehenden Versammlung verdeutlichen! Das Juso-Plenum soll dabei jeden 2. Mittwoch im Monat um 19 Uhr stattfinden. Jedes Plenum steht dabei unter einem eigenen Thema, zu dem ExpertInnen eingeladen werden sollen, bei dem sich allerdings auch die UBV-Mitglieder verantwortlich zeigen sollen, indem sie dort selber Diskussionsimpulse einbringen! Jeweils eine halbe Stunde vor einem Juso-Plenum trifft sich zudem der UBV, um gemeinsame organisatorische Verabredungen für die folgenden Plena zu treffen und des Weiteren aktuelle organisationspolitische Themen zu diskutieren.

19 4. Mittwoch im Monat

Wenn es aufgrund aktueller Ereignisse Sinn macht, wird zudem am 4. Mittwoch im Monat zu einer mitgliederoffenen Unterbezirksvorstandssitzung eingeladen. Aktuelle Ereignisse sind dabei solche, die einer ausgiebigen Diskussion bedürfen, die über elektronische Wege nicht geleistet werden kann und zudem der gesamten Mitgliedschaft offen stehen sollten!

Außerdem ist der 4. Mittwoch im Monat dazu geeignet zu lockeren Treffen, abseits der klassischen Sitzungsstruktur, zu nutzen. Soweit für den 4. Mittwoch im Monat keine mitgliederoffene Unterbezirksvorstandssitzung einberufen wird, sollte dieser Mittwoch für „Stammtische“ genutzt werden.

28 Selbstverständnis eines UBV-Mitglieds

Jedes UBV-Mitglied muss sich klar werden, dass eine Mitarbeit in einem Leitungsgremium auch mit Arbeitsaufwand verbunden ist! Dies bedeutet, dass es in der Natur der Sache liegt, sich in die politische Arbeit des Juso-Unterbezirkes kontinuierlich einzubringen. Dabei geht

32 es nicht nur um organisatorische Mitarbeit, die zwar auch sehr, sehr wichtig ist, sondern
33 auch um die Gestaltung politischer Diskussionen. Hierzu bietet das Juso-Plenum einen ge-
34 eigneten Raum, den es zu gestalten gilt.

35 **Kommunikation**

36 In den letzten Jahren lief unsere Kommunikationsstruktur vor allem nach dem Top-Down-
37 Prinzip. Dieses Prinzip soll insofern weitergeführt werden, da hierdurch sichergestellt werden
38 kann, dass wirklich alle Mitglieder zeitnah über wichtige Termine oder Sitzungen informiert
39 werden können (Stichwort: MAVIS). Allerdings bedarf es einer zweiten Kommunikationsebe-
40 ne, auf die alle Mitglieder gleichermaßen zugreifen können und somit auch untereinander in
41 Kontakt treten können. Die Reaktivierung einer Mailingliste ist daher eines der dringlichsten
42 Projekte zur Förderung unserer verbandsinternen Kommunikation.

43 Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert, ein erweitertes Arbeitsprogramm vorzulegen,
44 das u.a. folgende Punkte enthalten soll: Frauenförderung, Einbindung von ArbeitnehmerIn-
45 nen, Azubis sowie SchülerInnen und die Beteiligung aller Juso-Mitglieder wird angestrebt.

Begründung:

Begründung erfolgte mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **2**

Antragsteller: Johannes Gerken

**Internationale Schule ablehnen –
Bildung für alle besser gestalten!**

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag

1 Die aktuelle Diskussion zur Schaffung einer Internationalen Schule in Kassel hat uns Kasse-
2 ler Jusos aufschrecken lassen. Laut Berichterstattung der regionalen Presse plant das inter-
3 national tätige Kasseler Unternehmen Wintershall die Einrichtung einer Internationalen Schu-
4 le. Andere große Unternehmen aus Kassel und Nordhessen stehen den Plänen Winterhalls
5 positiv gegenüber und können sich eine finanzielle Beteiligung vorstellen. Der Wunsch nach
6 einer Internationalen Schule ist dabei aus folgenden Überlegungen heraus verständlich. So
7 trägt eine solche Schule den heutigen Ansprüchen von globaler ArbeitnehmerInnen-Mobilität
8 Rechnung. Wer heute in Kassel lebt und arbeitet, tut dies morgen vielleicht schon in London
9 und im nächsten Jahr unter Umständen in Asien oder anderswo in der Welt. Dies stellt für
10 die Familienplanung dieser neuen, mobilen ArbeitnehmerInnenschicht eine große Heraus-
11 forderung dar. Vor allem die schulpflichtigen Kinder müssen sich so ständig neuen schuli-
12 schen Umgebungen anpassen sowie mit einer Vielzahl von Bildungssystemen und deren
13 unterschiedlichen Rahmenbedingungen umgehen. Aus dieser Überlegung heraus ist die
14 Schaffung einer Internationalen Schule, bei der das Konzept des „Internationalen
15 Baccalaureate“ Anwendung findet, eine sinnvolle Überlegung. Das „IB Diploma“ stellt eine
16 Art internationales Abitur dar und berechtigt in vielen Staaten der Welt zum Besuch einer
17 Hochschule. Mag eine Internationale Schule aus diesen Überlegungen heraus zwar zuerst
18 sinnvoll erscheinen, müssen im gleichen Atemzug allerdings auch einige Kritikpunkte ange-
19 sprochen werden, die deutlich machen, dass eine Internationale Schule vor allem einem wi-
20 derspricht: Dem freien und gleichen Zugang zu guter Bildung für alle.

21 Im Zentrum steht dabei die Frage, wer diese Internationale Schule besuchen würde und wer
22 sie überhaupt besuchen kann. Zuvorderst richtet sich eine solche Schule vor allem an den
23 oben angesprochenen Adressatenkreis einer global-mobilen ArbeitnehmerInnenschicht.
24 Dass allein dieser Terminus allerdings im Kontext der Internationalen Schule falsch gewählt
25 ist, zeigt sich bei Betrachtung des wohl wichtigsten Zugangskriteriums: dem Schulgeld. Laut
26 HNA vom 04.08.2011 würde der Besuch der Internationalen Schulen den Eltern ungefähr
27 800 bis 1.000€ monatlich kosten. Dass man in Anbetracht dieser Hürde nicht von einer
28 Schule für eine ArbeitnehmerInnenschaft sprechen kann, wird sehr schnell deutlich. Vielmehr

29 wäre die Internationale Schule eine Schule für die Spitzenverdiener der international-
30 ausgerichteten Unternehmen Nordhessens. Dabei wird es wohl perspektivisch keinen Unter-
31 schied machen, ob die Schülerinnen und Schüler nun aus Familien stammen, die aufgrund
32 des Arbeitsverhältnisses aus dem Ausland nach Nordhessen kommen, oder ob sie seit jeher
33 ihren ständigen Aufenthalt in Deutschland bzw. sogar Kassel/Nordhessen haben. Andershe-
34 rum ausgedrückt, besteht die Befürchtung, dass auch die SpitzenverdienerInnen aus Kassel
35 und Umgebung, egal ob in einem der beteiligten Konzerne beschäftigt, ihre Kinder auf die
36 Internationale Schule schicken würden. Sie erwarten sich hiervon eine bessere (Aus)bildung
37 für ihre Kinder. Die Flucht aus dem als leistungsschwach empfundenen staatlichen Schulwe-
38 sen ist dabei ein seit längerem sichtbarer Trend eines sich selbst definierten Bildungsbürger-
39 tums mit entsprechenden ökonomischen Ressourcen. Unter „bessere (Aus)bildung“ ist im
40 Falle der Internationalen Schule somit auch ein „Elitedenken“ impliziert, das wir als Jusos so
41 nicht mittragen können. Wenn ökonomisches Kapital, um im Bourdieuschen Sinne zu spre-
42 chen, zum wichtigsten Zugangskriterium für vermeintlich „bessere Bildung“ wird, dann läuft in
43 unserer Gesellschaft einiges in die falsche Richtung. In diesem Zusammenhang muss aber
44 auch die generelle Genehmigungspraxis der Länder für Privatschulen in Frage gestellt wer-
45 den. In Artikel 7, Absatz 4 des Grundgesetzes heißt es in Bezug auf die Genehmigung von
46 privaten Schulen: „Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn [...] eine Sonderung der Schüler
47 nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.“ Nach unserem Verständnis
48 dieser Grundgesetzpassage mit Blick auf die gesellschaftliche Realität ist die aktuelle Ertei-
49 lungspraxis von Privatschul-Genehmigungen aufs schärfste zu evaluieren und zurückzufüh-
50 ren auf eine grundgesetzkonforme Genehmigungspraxis.

51 Unsere Richtung und unser Bild eines gerechten Bildungssystems sehen anders aus! Wir
52 lehnen die Gründung von privaten Elite-Schulen, auch unter dem Label einer „internationa-
53 len“ Schule, entschieden ab. Wir sind der Überzeugung, dass sich der Zusammenhalt einer
54 Gesellschaft vor allem auch über eine gemeinsame Schulerfahrung konstituiert. Wir Jusos
55 stehen seit jeher für ein integratives Bildungssystem ein. Wenn wir diesen Weg konsequent
56 bestreiten, müssen wir auch deutlich machen, dass wir die Schaffung einer Eliteschule, wie
57 sie die private Internationale Schule darstellen würde, ablehnen! Vielmehr muss es unser
58 Ziel sein, dass wir unser staatliches Schulwesen so ausgestalten, dass dieses auch beson-
59 dere Lebenswege, wie sie Schülerinnen und Schüler mitbringen, die Jahr für Jahr an einem
60 anderen Ort in der Welt leben und lernen, berücksichtigt. Dies umreißt unsere Vorstellung,
61 die darauf zielt unser Bildungssystem endlich einer gründlichen Reformierung zu unterzie-
62 hen, an dessen Ende eine Schule für alle steht. Kurzfristig müssen außerdem für Schülerin-
63 nen und Schüler aus dem oben beschriebenen internationalen Kontext, die nur für einen
64 begrenzten Zeitraum in Deutschland beschult werden, an staatlichen Schulen Sonderpro-
65 gramme angeboten werden, die diesen Schülerinnen und Schülern den Übergang in ein aus-
66 ländisches Schulsystem erleichtern und auf einen international anerkannten Schulabschluss
67 ausgerichtet sind.

68 Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass unser gemeinsames Ziel ist, Bildung für alle
69 besser zu gestalten. Wir lehnen deshalb die Gründung von (Internationalen) Schulen durch
70 privatwirtschaftliche Initiativen nicht nur in Kassel, sondern hessen- und bundesweit katego-
71 risch ab!

Begründung:

Begründung erfolgte mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **3**

Antragsteller: Johannes Gerken

Freiwilliges Engagement stärken!

Einstimmig angenommen

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag

1 Freiwilliges Engagement bereichert unsere Gesellschaft und ist in Deutschland trotz Flexibili-
2 sierungen in den Arbeitsverhältnissen und erhöhtem Leistungsdruck in Schule und Universi-
3 tät immer noch stark ausgeprägt. So engagieren sich in Deutschland rund ein Drittel der
4 Wohnbevölkerung ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder Organisationen. Freiwilliges
5 Engagement ist für uns Jusos gesellschaftliche Partizipation, um unsere Gesellschaft an vie-
6 len Stellen gerechter, sozialer und vielfältiger zu gestalten. Leider gibt es allerdings in den
7 letzten Jahren bzw. Jahrzehnten Tendenzen, die wir als Jusos so nicht mittragen können und
8 wollen.

9 **Abnehmendes Engagement unter Jugendlichen**

10 Das freiwillige Engagement im Ehrenamt nimmt unter Jugendlichen ab! Dies ist sehr bedau-
11 erlich, die Gründe hierfür sind allerdings klar ausfindig zu machen. So führt die Schulzeitver-
12 kürzung des Gymnasiums und die Verschulung des Studiums dazu, dass viele Jugendliche
13 unter einem erhöhtem Leistungsdruck stehen, der direkt dazu führt, dass das ehrenamtliches
14 Engagement unter Jugendlichen stetig abnimmt. Wir Jusos fordern daher die Schulzeitver-
15 kürzung von G9 auf G8 rückgängig zu machen und die Studienorganisation soweit zu refor-
16 mieren, dass es auch Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder möglich wird sich stär-
17 ker ehrenamtlich zu engagieren. Auch die inhaltliche Konzeption von Schulen, Ausbildung
18 und Studium, muss wieder mehr die Gemeinschafts- und Gesellschaftsaspekte aufgreifen
19 und nicht eine „Welt der Konkurrenz und des EinzelkämpferInnentums fördern. Auch für jun-
20 ge Erwerbstätige ist es schwieriger geworden sich ehrenamtlich zu engagieren. Gerade un-
21 ter jungen ArbeitnehmerInnen ist prekäre Beschäftigung mittlerweile leider zum Normalfall
22 geworden. Um auch hier die gesellschaftliche Teilhabe durch freiwilliges Engagement wieder
23 zu erhöhen, braucht es Maßnahmen, die dafür Sorge tragen, dass reguläre Beschäftigung
24 ohne ausufernde Befristungen und Flexibilitätsansprüchen wieder zum Normalfall in
25 Deutschland wird!

26 **Grenzen von freiwilligem Engagement**

27 Wir Jusos sehen es mit großen Bedenken, dass der Staat sich immer weiter aus seinen Ver-
28 pflichtungen stiehlt. Für uns ist klar, dass freiwilliges Engagement immer als Ergänzung zur
29 staatlichen Daseinsfürsorge zu sehen ist und nicht zum Ersatz hierfür werden darf. Dies zeigt
30 sich vor allem auf der kommunalen Ebene. Für uns ist es untragbar, dass Bedürftige bspw.
31 auf das freiwillige Engagement der Tafeln angewiesen sind. In einer der reichsten Volkswirt-
32 schaften der Welt müssen Menschen um Essen betteln. Ein unhaltbarer Zustand und ein
33 Versagen des Staates und der Kommunen. Auch wenn bspw. örtliche Fördervereine in die
34 Pflicht genommen werden, um „öffentliche“ Einrichtungen weiter zu betreiben, damit sich der
35 Staat oder die Kommune immer stärker zurückziehen kann, ist aus unserer Sicht unver-
36 ständlich. Der Staat und die Kommunen müssen endlich wieder für die Daseinsfürsorge ein-
37 stehen und diese nicht privaten Initiativen überlassen. Deshalb ist es umso wichtiger vor al-
38 lem die Kommunen finanziell stärker zu unterstützen, damit sie dieser Aufgabe nachkommen
39 können.

40 **Gender und freiwilliges Engagement**

41 Auch im Ehrenamt gibt es geschlechterspezifische Unterschiede. So engagieren sich Frauen
42 hauptsächlich in Schulen, der Kirche oder im Sozialbereich. Dass gerade freiwilliges Enga-
43 gement im Sozialbereich mit starken Belastungen korreliert und häufig auch zu Überforde-
44 rungen führt, trifft somit stärker Frauen als Männer. Wer freiwilliges Engagement fördern will,
45 muss daher die Rahmenbedingungen auch von staatlicher oder kommunaler Seite soweit
46 verändern, dass dieses Engagement stärker wertgeschätzt und die Arbeitsbedingungen ver-
47 bessert werden, damit sie eben nicht zur Überforderung oder gesundheitlichen Beeinträchti-
48 gungen führen.

49 Für uns Jusos ist klar, dass freiwilliges Engagement ein wichtiger Bestandteil einer demokra-
50 tischen und lebendigen Gesellschaft ist. Gerade deshalb müssen wir uns dafür stark ma-
51 chen, dass das Ehrenamt nicht zur Überforderung der Freiwilligen führt und nicht durch den
52 Staat oder die Kommune für ureigene Aufgaben vereinnahmt wird!

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **4**

Antragsteller: Oliver Schmolinski (i. N. d. Juso-HSG Kassel)

Kommunale Voraussetzungen für eine gute Hochschulentwicklung

Einstimmig angenommen

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

1 Die Universität Kassel hat in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung hinter sich. Die
2 ehemalige Gesamthochschule konnte ihre Studierendenzahlen deutlich steigern. Momentan
3 studieren etwa 21.500 Personen an der Universität. Die Stadt Kassel profitiert in großem
4 Maße von der Hochschule. Die Universität ist nicht nur Anziehungspunkt für junge Menschen,
5 sondern gleichzeitig auch von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die ganze Region. Doch
6 bei all den positiven Entwicklungen, darf man nicht die Augen davor verschließen, dass es
7 auch Anstrengungen vonseiten der Kommunalpolitik bedarf, um eine weiterhin eine gute
8 Hochschulentwicklung zu ermöglichen.

9 **Wohnungssuche wird schwieriger und teurer – jetzt gegensteuern!**

10 Zwar sind wir in Kassel noch ein gutes Stück von Szenarien wie in München oder Frankfurt
11 am Main entfernt, doch auch in Nordhessen wird die Wohnungssuche schwieriger und teu-
12 rer. Durch die bereits angesprochenen gestiegenen Studierendenzahlen hat sich die Situati-
13 on den letzten Jahren merklich verschärft. Die Lage auf dem Kasseler Wohnungsmarkt wird
14 sich wohl mit den kommenden Semestern noch zuspitzen. Schließlich steht die Entlassung
15 des doppelten Abiturjahrgangs in Hessen unmittelbar bevor. Doch schon jetzt stehen jedes
16 Jahr aufs Neue einige Studierende zu Beginn des Semesters ohne eine Wohnung da. Insbe-
17 sondere kleine Wohnungen für eine Person sind in Kassel knapp. Aber auch all diejenigen,
18 die eine Wohnung gefunden haben, sehen sich mit erheblichen Problemen konfrontiert. Da
19 die Nachfrage deutlich gestiegen ist, berichten viele Studierende von erheblichen Mietan-
20 stiegen von teilweise 10 Prozent innerhalb eines Jahres. Viele können sich derartige Preis-
21 anstiege schlicht nicht leisten.

22 Wir sind der festen Überzeugung, dass die Aufnahme und die Weiterführung eines Studiums
23 nicht von der Größe des Geldbeutels abhängig sein darf. Auch die Stadt Kassel kann dazu
24 ihren Beitrag leisten. Wir setzen uns daher für einen Ausbau der sozialen Infrastruktur ein.
25 Dabei fällt aus kommunaler Sicht der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt
26 Kassel“ (GWG) eine besonders wichtige Rolle zu. Wir werden uns dafür stark machen, dass
27 die GWG die Schaffung und Modernisierung von preiswerten Wohnungen in der Nähe der
28 Universitätsstandorte (insbesondere dem Campus „Holländischer Platz“) zu einer ihrer
29 Schwerpunkttätigkeiten macht. Wir sind uns bewusst, dass diese Aktivitäten gegebenenfalls
30 einer (höheren) Förderung aus dem Haushalt der Stadt Kassel bedürfen. Darin sehen wir
31 jedoch eine sinnvolle und nachhaltige Investition in die Zukunft der Universität und damit
32 auch in die Zukunft der Stadt Kassel.

33 **Für einen zukunftsfähigen öffentlichen Personennahverkehr!**

34 Neben dem Wohnungsmarkt sind die Auswirkungen der gestiegenen Studierendenzahlen
35 vor allem auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu spüren. Die Tram-Linien 1
36 und 5 sind während der Vorlesungszeiten fast ständig überfüllt. Besonders deutlich wird dies
37 während der so genannten „Stoßzeiten“ – also vor und nach dem Beginn von Vorlesungen
38 und Seminaren. So kommt es häufiger vor, dass einige Studierende auf die nächste Stra-
39 ßenbahn warten müssen, da in der anderen schicht kein Platz mehr ist. Dies ist umso ärger-
40 licher, da manche Studierende schnellstmöglich an einen anderen Hochschulstandort (z. B.
41 Ing.-Schule in der Wilhelmshöher Allee) fahren müssen, um dort an der nächsten Uni-
42 Veranstaltung teilzunehmen. Diese Situation schadet der Attraktivität der Universität Kassel.
43 Immer mehr Studierende fragen sich, wieso sie einen ständig steigenden Beitrag für das
44 Semesterticket (ÖPNV-Fahrkarte) entrichten müssen, wenn die Bahnen heillos überfüllt sind.
45 Als Eigentümerin der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft (KVG) steht die Stadt Kassel hier in
46 der Verantwortung. Wir setzen uns für eine Entspannung der Straßenbahn-Situation am Hol-
47 ländischen Platz sein. Es müssen dringend mehr Straßenbahnen den Holländischen Platz
48 anfahren. Dies könnte zum einen durch den Einsatz neuer Trams und zum anderen dadurch
49 geschehen, dass die RegioTrams über diese Haltestelle fahren. In beiden Fällen sind zwei-
50 fellos erhöhte Ausgaben notwendig. Im Sinne eines zukunftsfähigen ÖPNV rund um die Uni-
51 versitätsstandorte sehen wir diese jedoch als dringend notwendig an.

52 Außerdem ist die Haltestelle „Holländischer Platz/Universität“ mit ihren schmalen Fußgänge-
53 rInnen-Streifen dem Studierendenanstrum nicht gewachsen. So überqueren täglich mehrere
54 tausend Menschen eine sechsspurige Straße. Die Unterführung ist für die meisten aus
55 Gründen der Barrierefreiheit, Sicherheit und Zeit keine Alternative. In der Folge entstehen
56 durch leichtsinnige FußgängerInnen oder unaufmerksame AutofahrerInnen nahezu täglich
57 lebensgefährliche Situationen. Leider kam es in der jüngeren Vergangenheit bereits zu Per-
58 sonenschäden. Zwar wurde bereits ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches nach mögli-
59 chen Alternativen suchen soll, doch wartet man auf konkrete Maßnahmen bislang verge-
60 bens. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass schnellstmöglich konkrete Planungen
61 hinsichtlich einer Verlegung der Haltestelle aufgenommen werden.

62 **Keine Straße durch den Campus – Moritzstraße sperren!**

63 An der Moritzstraße entsteht derzeit das so genannte „Hörsaal- und Campus-Center“ (HCC)
64 der Universität Kassel. Dieses Gebäude ist dringend notwendig, um die Überbeanspruchung
65 der Kapazität der Universität teilweise auszugleichen. Doch leider werden die Bauarbeiten
66 durch den nach wie vor zugelassenen Kraftfahrzeugsverkehr immer wieder behindert. Nach-
67 dem auf diese Weise die planmäßige Fertigstellung des HCC nicht gewährleistet werden
68 kann, hat der Senat der Universität einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die
69 Stadt Kassel aufgefordert wird, die Moritzstraße komplett zu sperren.

70 Darüber hinaus stellt die Moritzstraße seit langem einen Gefahrenpunkt dar. Durch das hohe
71 Verkehrsaufkommen ist es fast unmöglich die Straße gefahrlos zu überqueren. Nachdem
72 bereits heute viele universitäre Veranstaltungen in den so genannten „Systembauten“ an der
73 Moritzstraße stattfinden, ist es notwendig, dass täglich mehrere hunderte bis tausende Stu-
74 dierende die Moritzstraße überqueren. Durch die in den nächsten Jahren geplante Campus-
75 Erweiterung wird sich das Fußgängeraufkommen zudem noch vervielfachen. Die HCC-
76 Baustelle sorgt ferner dafür, dass die Straße schlechter einsehbar ist. Die Folge ist eine
77 nochmalige Erhöhung des Gefahrenpotentials für die Fußgängerinnen und Fußgänger.

78 Zwar ist die Moritzstraße bereits als „Tempo 30“-Zone ausgewiesen und es existieren bauli-
79 che Maßnahmen, die die Geschwindigkeit der Fahrzeuge verringern sollen. Doch leider führt
80 dies nur bei den wenigsten Fahrerinnen und Fahrer auch wirklich dazu, dass sie mehr Rück-
81 sicht auf die Fußgängerinnen und Fußgänger nehmen. Vielmehr sorgt die aktuell teilweise
82 nur einseitig befahrbare Straße dafür, dass Viele die Straße möglichst schnell durchfahren
83 möchten, um nicht entgegenkommende Fahrzeuge zu behindern. Es wird also deutlich, dass
84 der erste ernstzunehmende Unfall nur eine Frage der Zeit sein kann. Daher sollte die Stadt-
85 verordnetenversammlung unbedingt bereits heute präventiv eingreifen.

86 Die Moritzstraße ist aufgrund der „Tempo 30-Zone“ höchstens als Quartierschließungs-
87 straße zu bezeichnen. In Wirklichkeit wird sie von vielen Fahrerinnen und Fahrern aber als
88 Abkürzung und Entlastungsstrecke für die Kreuzung am Holländischen Platz verwendet.
89 Dieses Verhalten ist aus Zeitersparungsgründen zwar durchaus nachvollziehbar, jedoch
90 können wenige Minuten Zeitersparnis nicht die Maxime von verantwortungsvoller Kommu-
91 nalpolitik sein. Im Gegensatz dazu ist die Universität Kassel ein wesentlicher Standortfaktor
92 für die Stadt Kassel und die umliegenden Kommunen. Aus diesem Grund setzen wir uns für
93 die Sperrung der Moritzstraße ein.

94 **Familienfreundliche Hochschule – ausreichend Betreuungsplätze schaffen!**

95 Die Zahl von Studierenden mit Kind ist in den letzten Jahres deutlich zurückgegangen. Ne-
96 ben dem starken Leistungsdruck, der neben dem Studium keine Zeit für die Kindererziehung
97 lässt, spielen auch die geringen Betreuungsplätze für Kinder eine entscheidende Rolle. Zwar
98 bestehen mit der Kindergruppe „NORA“ und dem „HoPla Kindern“ bereits zwei Kinderbe-
99 treuungseinrichtungen direkt am Campus. Doch die beiden Einrichtungen sind vollkommen
100 ausgelastet. Die damit verbunden Wartezeiten sind für die Eltern nicht zu überbrücken. Im
101 Rahmen der Campus-Erweiterung sollen voraussichtlich eine weitere Betreuungsmöglichkeit
102 geschaffen werden. Wann mit der Fertigstellung dieser zu rechnen ist, steht allerdings mehr
103 oder weniger in den Sternen.

104 Auch wenn primär das Land Hessen über die Finanzierung der Studentenwerke für die
105 Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten an der Hochschule zuständig ist, so trifft auch die
106 Stadt Kassel eine nicht unerhebliche Verantwortung. So sind die meisten der Studierenden
107 mit Kind auch Bürgerinnen und Bürger der Stadt, sodass sie als solche auch einen Anspruch
108 auf einen außeruniversitären Betreuungsplatz für ihr(e) Kind(er) haben müssen. Dies gilt
109 insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Die Stadt Kassel muss daher das kommunale
110 Angebot an Kinderbetreuungsplätze ausbauen. Um Synergien zu nutzen, sollten diese Ein-
111 richtungen idealerweise in der Nähe der Hochschulstandorte eingerichtet werden. Die Be-
112 treuungsplätze sollen selbstverständlich allen Eltern offen stehen.

113 Die Stadt Kassel muss ihren Beitrag für eine familienfreundliche Hochschule leisten. Schließ-
114 lich profitiert die Stadt in nicht unerheblichen Maß davon, wenn (junge) Familien in Kassel
115 nach Kassel ziehen. Diese Entwicklung wird durch eine Hochschule mit guter Kinderbe-
116 treuungsinfrastruktur verstärkt werden.

117 **Für eine lebendige Uni – studentische Kultur ermöglichen!**

118 Doch selbst mit der besten kommunalen Infrastruktur bleibt eine Hochschule ein öder Ort,
119 wenn er nicht mit Leben gefüllt wird. Dies ist maßgeblich die Aufgabe der studentischen Kul-
120 tur. Am Campus Holländischer Platz hat sich mit dem so genannten „Lucius-Burckhardt-
121 Platz“ (LBP) ein Zentrum der studentischen Kultur gebildet. Hier haben sich nämlich die stu-

122 dentische Fahrradwerkstatt sowie das von Studierenden betriebene „Café DesAStA“ ange-
123 siedelt. Zudem sorgt der LBP für eine Öffnung der Universität hin zu den angrenzenden
124 Stadtteilen. Darüber hinaus sorgt das studentische Kulturzentrum K19 für eine Belebung des
125 Campus. Im K19 finden unter anderem Partys, Lesungen, Filmvorführungen und Infoveranstaltungen
126 statt.

127 Durch die ohne jeden Zweifel dringend benötigte Campus-Erweiterung, müssen jedoch eini-
128 ge Veränderungen vorgenommen werden, um die studentischen Einrichtungen zu erhalten.
129 Hier spielt auch die Stadt Kassel eine Rolle. So musste beispielsweise die studentische
130 Fahrradwerkstatt auf eine städtische Fläche versetzt werden, da sie sich in der Baulogistik-
131 fläche des momentan im Bau befindlichen „Hörsaal- und Campus-Centers“ (HCC) befunden
132 hat. Es ist geplant die Fahrradwerkstatt nach Abschluss der Bautätigkeiten wieder direkt an
133 den LBP zu versetzen. Doch es ist noch nicht abschließend geklärt, wie lange die Fahrrad-
134 werkstatt auf dem städtischen Grundstück stehen bleiben muss. Wir werden uns daher dafür
135 stark machen, dass die Fahrradwerkstatt solange auf dieser Fläche bleiben kann, bis ein
136 geeigneter Alternativstandort gefunden ist.

137 Das studentische Kulturzentrum K19 muss schallschutztechnisch optimiert werden, da in
138 unmittelbarer Nähe ein Studierendenwohnheim entstehen soll. Außerdem müssen die Toilet-
139 tenanlagen abgerissen werden, da sich deren aktueller Standort nicht mit den geplanten Ge-
140 bäuden in Einklang bringen lässt. Wir werden und dafür einsetzen, dass die städtebaurecht-
141 lichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit das K19 auch weiterhin als Kulturzentrum
142 genutzt werden kann. Dies schließt – falls notwendig – auch die Änderung des existierenden
143 Bebauungsplans mit ein.

144 **Mehr Partizipation der Studierenden in der Stadtgesellschaft**

145 Die mittlerweile 21.500 Studierenden bereichern unsere Stadt, sie bringen neue Ideen und
146 Perspektiven, die wir für die Entwicklung der Stadt und ihrer Hochschule nutzen wollen. Da-
147 her soll die Vertretung der Studierendenschaft mehr in die kommunalpolitischen Entschei-
148 dungen eingebunden werden. Bei Entscheidungen, die die Hochschule treffen, müssen der
149 Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung nicht nur mit der Hochschulleitung, sondern
150 auch mit den Studierenden Gespräche führen. Eine Stadt, die für junge Menschen attraktiv
151 ist, sorgt dafür, dass die Menschen bleiben.

152 **Wir stehen für eine gute Hochschulentwicklung!**

153 Viele Probleme der Hochschulen lassen sich zwar nicht auf kommunaler Ebene lösen, son-
154 dern bedürfen entsprechender Reformen auf Landes- und Bundesebene. Doch die eben
155 genannten Punkte zeigen, dass auch die Kommunalpolitik ihren Beitrag für eine gute Hoch-
156 schulentwicklung leisten kann. Dabei gilt es kurzfristiges Handeln zu vermeiden. Investitio-
157 nen in Bildung sind wichtig, selbst wenn sie teilweise kurzfristig gesehen zunächst einmal
158 Geld kosten!

Begründung:

Begründung erfolgte mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **5**

Antragsteller: Stephan Gerhold

Gleiche Chancen für AbiturientInnen an beruflichen Gymnasien

Bei drei Enthaltungen einstimmig angenommen

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag

- 1 Die VOGO/BG¹ §20 Abs. 3 verhindert gleiche Chancen von Abiturienten/innen des berufli-
- 2 chen Gymnasiums, sofern diese eine zweite Fremdsprache erst während der Gymnasialzeit
- 3 betreiben und nicht bereits davor. Aktuell muss, wer die zweite Fremdsprache in den Klas-
- 4 sen 11-13 belegt, diese nicht nur ins Abitur einbringen, sie schränkt auch die Wahl der Prü-
- 5 fungsfächer ein. Dadurch sind zwei Schüler einer Klasse mit identischer Qualifikation ge-
- 6 zwungen, unterschiedliche Prüfungen abzulegen und nach unterschiedlichen Fächern be-
- 7 wertet zu werden. Davon sind in jedem Jahrgang mehrere tausend Schüler betroffen. Die
- 8 UBK möge daher beschließen, dass der genannte Paragraph entsprechend abzuändern ist,
- 9 um Chancengleichheit zu schaffen!

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

¹) VOGO/BG = Verordnung über die Bildungsgänge und die Abiturprüfung in der gymnasialen Oberstufe und dem beruflichen Gymnasium

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **6**

Antragsteller: Rauad Al-Sahwi

Basiskonferenz fortsetzen

Einstimmig angenommen

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt

- 1 Wir fordern die jährliche Durchführung der Basiskonferenz für den Unterbezirk. Die Ergeb-
- 2 nisse der Basiskonferenz werden protokolliert und an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- 3 versendet. Die Ergebnisse der Konferenz werden in die Arbeit des Vorstandes aufgenom-
- 4 men und auf den folgenden Parteitag wird der Vorstand über den Fortgang berichten und
- 5 zur Aussprache darüber aufrufen.

Begründung:

Am 13. März 2010 hat die erste und letzte Basiskonferenz der Kasseler SPD im Philipp-Scheidemann-Haus stattgefunden. Leider sind die Ergebnisse weder in den Parteitag der eine Woche später stattgefunden hat noch in die Arbeit des Unterbezirksvorstandes der Kasseler SPD eingeflossen.

Wir begrüßen, dass die SPD aus den Wahlniederlagen auf Bundes- und Landesebene und den Unstimmigkeiten in der Partei der letzten Jahre gelernt hat und eine Erneuerung von unten anstrebt. Die Basiskonferenz sollte hierfür im besonderen Maße genutzt werden. Nur so kann die Volkspartei SPD auch in Zukunft bestehen und Menschen von Politik begeistern

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **7**

Antragsteller: Rauad Al-Sahwi

Mut beweisen und den Flughafenausbau Kassel-Calden stoppen!

Bei vier Enthaltungen einstimmig angenommen

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen

- 1 Die Kasseler Jusos fordern den sofortigen Stopp des Flughafenausbaus in Kassel-Calden.
- 2 Stattdessen fordern wir die hessische Landesregierung auf, Verkehrskooperationen mit den
- 3 benachbarten Bundesländern zu forcieren, um auf diese Weise die Anbindung an bestehen-
- 4 de Flughäfen zu verbessern.

Begründung:

Die Ausbaupläne in Kassel-Calden sind aus verkehrs- und finanzpolitischer Sicht unsinnig und aus volks- und betriebswirtschaftlicher Sicht äußerst fragwürdig. Angesichts der neuen Kostenschätzungen zum Ausbau des Flughafens Kassel-Calden sehen die Kasseler Jusos ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Eine Überarbeitung der überholten Kosten-Nutzen-Berechnungen lassen schlussfolgern, dass keine weiteren Gelder in das umstrittene und fragwürdige Großprojekt gesteckt werden dürfen, wenn nicht zuvor die Wirtschaftlichkeit des Flughafenausbaus belegt wird. Es besteht die große Gefahr, dass Millionen an Steuergelder verschwendet werden.

Die Kasseler Jusos weisen darauf hin, dass nicht nur andere nahe gelegene Regionalflughäfen zur Verfügung stünden, sondern dass es keinen ausreichenden Bedarf für ein solches Großprojekt gibt. Hinzu komme, dass man die bereits überschuldeten Haushalte des Landes und der anderen Beteiligten neben der hohen Investitionssumme nicht auch noch mit dauerhaften jährlichen Subventionszahlungen belasten soll.

Die hessische Landesregierung muss unverzüglich die Notbremse ziehen. Damit könnten Steuergelder in Millionenhöhe eingespart und in sinnvollere Projekte investiert werden.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **8**

Antragsteller: Rauad Al-Sahwi

Fahrradverleihsystem „Konrad“ über 2012 hinaus in Kassel fortführen

Einstimmig angenommen

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

- 1 Die Jusos Kassel-Stadt fordern das Kasseler Magistrat auf, Lösungen für das
- 2 Fahrradverleihsystem auszuarbeiten mit dem Ziel "Konrad" über 2012 hinaus in Kassel zu
- 3 erhalten. Dazu könnte die Kontaktaufnahme zu potentiellen Geldgebern und Partnerunter-
- 4 nehmen in der Region gehören, damit eine solide Finanzierung gewährleistet werden kann.

Begründung:

Das System ist ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Trotz technischer Probleme mit der Datenübermittlung via Funkbox, die zur Verzögerung des operativen Betriebs führen, halten die Kasseler Jusos "Konrad" für eine sinnvolle Investition. Kernziel ist die Förderung von Nahmobilität.

Das kasseler Fahrradverleihsystem "Konrad" wird künftig ermöglichen, dass ÖPNV-Nutzer, Pendler und Touristen nahtlos aufs Rad umsteigen können. Nutzer von Fahrradverleihsystemen zeichnen sich somit durch ein hohes Level an Mobilität aus.

Die Stadt Kassel scheint das Fahrrad nicht ernsthaft als nachhaltige und effiziente Verkehrsmittelalternative zum Auto wahrzunehmen. Wenn überhaupt, dann spielt nur die Förderung der Freizeitkomponente des Fahrradverkehrs – der Fahrradtourismus – eine Rolle. Trotz Klimadebatte, Feinstaubproblematik und steigender Energiepreise hat das Fahrrad als idealer städtischer Mobilitätsgarant keine wirksame politische Lobby. Die Einführung eines Fahrradverleihsystems erhöht den Anteil nachhaltiger Verkehrsmittel am gesamten Verkehrsaufkommen einer Stadt zu einem vergleichsweise überschaubaren Kostenaufwand. Denn im Vergleich zu herkömmlichen öffentlichen Verkehrsmitteln wie dem Bus und der Straßenbahn ist die langfristige Einführung und Unterhaltung mit geringen Kosten verbunden.

Die Stadt Kassel kann mit diesem Prestigeprojekt ein Zeichen setzen und für andere Städte ähnlicher Größe eine Vorreiterrolle einnehmen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **9**

Antragsteller: Sven Regenbogen

Bedingungsloses Grundeinkommen

Einstimmig überwiesen an den Juso-Unterbezirksvorstand

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag

1 Um Veränderungen in der Zukunft gewährleisten zu können und dennoch eine Lebensquali-
2 tät für einen Großteil der Bevölkerung zu ermöglichen, fordern wir Jusos die Einführung ei-
3 nes bedingungslosen Grundeinkommens. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen hat viele
4 Vorteile die im Zusammenhang mit dem Status eines Arbeitslosen stehen und den sich er-
5 gebenen Karenzzeiten bis zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Angestrebt wird
6 eine freiheitliche Selbstverwirklichung der Menschen in demokratisch sozialen Rahmen und
7 den Abbau von Klassenstrukturen. Heute kann nicht davon ausgegangen werden, dass wir
8 in einer klassenlosen Gesellschaft leben, wir leben in einer zwei Klassen Gesellschaft und
9 die Hartz 4. Gesetze tragen ihren Anteil daran, dass die einen Möglichkeiten haben und die
10 anderen kaum. Hartz 4. schränkt die freien Entfaltungsmöglichkeiten ein, in dem Sinne da
11 den Menschen ein Grundeinkommen nicht zusteht, sie müssen eine Gegenleistung erzielen
12 und jedwede Arbeit annehmen die ihnen nur erdenklich zugemutet werden kann. Es wird
13 dabei auf persönliche Eignung oder Wünsche keinerlei Rücksicht genommen. Würde ein
14 Anspruch auf Grundeinkommen bestehen, könnten sich die Menschen überlegen wie sie ihr
15 Einkommen am besten investieren, sie könnten es in Weiterbildung investieren oder in Exis-
16 tenzgründung, was bisher nicht oder und schwer möglich ist. Der Anspruch auf Arbeitslosen-
17 geld setzt Bedürftigkeit voraus, Jemand der eine eigenes Unternehmen gründen möchte ist
18 nicht unbedingt bedürftig in dem Sinne, dass er sein Geld nur für den Konsum und Lebens-
19 unterhalt verwenden würde, er würde es verwenden um die Zeit zu überbrücken bis
20 sein Unternehmen genügend Geld abwirft, um sich mehr leisten zu können. Dies würde auch
21 gleichzeitig die Wirtschaft ankurbeln, sie kreativer und innovativer gestalten, die einseitige
22 Ausrichtung auf Schwerindustrie würde sich pluralistischer Verteilen, in viele unterschiedlich
23 Wirtschaftsansätze von expandierenden Kleinunternehmen. Unternehmer wie Bill Gates oder
24 Steve Jobs sind Beispiele dafür wie sich Start-up-Unternehmen entwickeln können, für die es
25 Hierzulande nichts Vergleichbares gibt. Auch die Aufnahme eines Studiums ist unproblema-
26 tischer gestaltet, da ohne Finanzangst studiert werden kann. Es ist an der Zeit von alten
27 Strukturen abzulassen und für die Zukunft die Lebensqualität der Menschen in den Vorder-
28 grund zu stellen und nicht einzig allein die Profitvorstellungen von Großunternehmen, wie sie
29 sich von Zeiten des Beginns der Industriellen Revolution nicht im Wesentlichen verändert
30 hat.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **10**

Antragsteller: Julian Steiner

Sofortprogramm für die Energiewende – Was jetzt zu tun ist!

Angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag
SPD-Bundesparteitag

1 In unserer Zeit brisant wachsender Klima-, Atom- und Fossilenergiesrisiken gilt es, die ener-
2 getische Erneuerung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft konsequent und zügig vo-
3 ranzutreiben. Hierfür benötigen wir ein Sofortprogramm, mit dem Deutschland als europäi-
4 scher Vorreiter für die dezentrale Energiewende die ökonomischen und sozialen Vorteile
5 dieses Energiwechsels bestmöglich nutzen kann.

6 Wir Jusos setzen uns für eine Erweiterung der Freiräume für die Träger der dezentralen
7 Energiewende - Stadtwerke, Bürger und mittelständische Unternehmen - ein. Diese neuen,
8 treibenden Kräfte haben im vergangenen Jahrzehnt den Energiewechsel umgesetzt und das
9 Wachstum der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 4 auf 17 % gesteigert.
10 Sie stehen auch heute für Investitionen bereit.

11 Um diese optimal zu entfesseln, müssen auf Bundes- und Länderebene jetzt die richtigen
12 politischen und gesetzgeberischen Maßnahmen ergriffen werden.

13 **1. Raum für Windkraft an Land**

14 In ganz Deutschland gibt es auf dem Festland ausreichend Raum für Windkraft. Wenn jedes
15 Bundesland auf nur 2 % seiner Fläche Raum für Windkraft schaffen würde, könnte so über
16 50 % des Strombedarfs für Deutschland erzeugt werden – ganz ohne Off-Shore-Parks. We-
17 gen der Verhinderungsplanung in einigen Bundesländern durch das Instrument der Regio-
18 nalpläne – vor allem in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg – kann dieser Raum nicht
19 genutzt werden. Der Bund sollte die Rahmenbedingungen so verändern, dass die Länder
20 auch in den zahlreichen windhöffigen Gebieten Süddeutschlands nicht mehr willkürlich die
21 Windkraftnutzung verhindern können.

22 - Da die Kommunen die regionale Wertschöpfung mit der Nutzung von Windkraft stei-
23 gern können (durch Gewerbesteuer, Pacht bzw. Erträge aus eigenem Betrieb), haben
24 sie ein eigenes Interesse am verträglichen Ausbau der Windkraft. Die Verantwortung
25 hierfür sollte daher in die Hände der Gemeinden und ihre Flächennutzungsplanung
26 gelegt werden. Den Ländern muss die Kompetenz entzogen werden, mit Regional-

27 plänen die Windkraft abschließend zu steuern und ganze Gemeinden zu Ausschluss-
 28 gebieten zu erklären. Dazu muss den Regionalplänen mit den darin enthaltenen Zie-
 29 len der Raumordnung die Verhinderungswirkung gegenüber der Windkraft genom-
 30 men werden. Durch diesen Freiraum zur kommunalen Selbstbestimmung würde in
 31 kurzer Frist und in Abstimmung mit den Bürgern ausreichend Raum für Windkraft an
 32 Land entstehen.

33 (Maßnahme: Änderung des Baugesetzbuches § 35 Abs. 3)

34

35 - Die Ausweisung absoluter Windkraft-Ausschlussflächen in Regionalplänen soll unter-
 36 sagt werden; außerhalb von Vorranggebieten konkurriert die Windkraft mit allen an-
 37 deren Nutzungen nach Maßgabe der Gesetze (z. B. Lärm- und Artenschutz), wo-
 38 durch u. a. Abstände großer Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten sichergestellt
 39 werden.

40 (Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)

41

42 - Die Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen sowie Sonderregelungen für
 43 Windenergieanlagen in Wäldern sollen natur- und artenschutzrechtlichen Standards
 44 gemäß dem aktuellen Stand der Wissenschaft genügen und die Bevölkerung vor
 45 übermäßiger Belastung schützen.

46 (Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)

47

48 2. Erneuerbare Stadt

49 Die Fähigkeit von Städten und Gemeinden soll gefördert werden, den energetischen Stadt-
 50 umbau zum Fokus des Städtebaus zu machen. Maßnahmen reichen von der Stärkung er-
 51 neuerbarer Stadtwerke zur systematischen Durchführung erneuerbarer Potenzialanalysen
 52 für Stadt- und Gemeindeteile sowie für ganze Kommunen und Regionen.

53 - Solararchitektur durch sofortige Umsetzung der EU-Gebäude-Richtlinie als Standard
 54 einführen: Ordnungsrechtlicher Mindeststandard für 100 % erneuerbare Energien im
 55 Neubau bei maximaler Gestaltungsfreiheit für Solarsiedlungen durch kommunale
 56 Planung und durch die Architektur.

57 (Maßnahmen: Zusammenführung von Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz und
 58 Energieeinsparverordnung zu einem Gebäude-Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie
 59 Abstimmung mit dem Baugesetzbuch § 9)

60 - Pflicht zum Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudebestand nach dem Vorbild der
 61 Marburger Solarsatzung und des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes Baden-
 62 Württemberg.

63 (Maßnahme: Ergänzung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes bzw. Einführung
 64 eines Gebäude-Erneuerbare-Energien-Gesetzes)

65 - Unbegrenzte Fortsetzung des Programms zur energetischen Gebäudesanierung.

66 (Maßnahme: KfW-Programm)

67 - Erweiterung des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt durch Maßnahmen zur
 68 energetischen Stadtsanierung (Solare Stadt – Städtebauförderungsprogramm zur
 69 Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien), um in besonders energieverbrauchs-
 70 starken Stadt- und Gemeindeteilen das drängende soziale Problem überhöhter Ener-
 71 giekosten zu beheben.

72 (Maßnahmen: Erweiterung des Baugesetzbuches und der Städtebauförderung von
73 Bund und Ländern auf systematische Maßnahmen zur energetischen Stadtsanierung
74 und Entwicklung)

75 **3. Smart grids für eine sichere erneuerbare Energieversorgung**

76 - Die zentrale Herausforderung für die laufende und zu beschleunigende dezentrale
77 Energiewende ist im Hinblick auf den Netzausbau die Verstärkung der Ortsnetze und
78 ihre Umgestaltung zu intelligenten Stromnetzen, sog. smart grids. So kann die ver-
79 stärkte dezentrale Einspeisung mit dem dezentral stattfindenden Energieverbrauch
80 wirksam ausgeglichen werden. Unnötige Investitionen in den Ausbau großer Trassen
81 (Übertragungsnetze) sollen zugunsten von Investitionsbudgets für Ortsnetze (Nieder-
82 und Mittelspannung) eingespart werden.

83 (Maßnahmen: Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und der Anreizregulierungs-
84 verordnung)

85 **4. Eine-Million-Blockheizkraftwerksprogramm für eine sichere erneuerbare Energie-** 86 **versorgung**

87 - Eine Million Blockheizkraftwerke (BHKW) sollen bis 2015 auf der Basis zinsbegüns-
88 tigter Kredite in den Markt gebracht werden, um damit 20 Großkraftwerke zu ersetzen
89 und durch dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung die Verschwendung von Erdgas in rei-
90 nen Heizungsanlagen zurückzuführen.

91 (Maßnahme: KfW-Programm)

92 - Mit Erdgas betriebene BHKWs dürfen nur noch gebaut werden, wenn sie sowohl
93 Strom wie auch Wärme produzieren und die Wärmeabnahme nach dem Kraft-
94 Wärme-Kopplungsgesetz sichergestellt ist.

95 (Maßnahme: Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes)

96 **5. Ausbau der Elektromobilitätsinfrastruktur**

97 - Märkte schaffen anstelle von Flottenversuchen, z. B. durch ein Förderprogramm zur
98 Beschaffung von Elektrofahrzeugen durch die öffentliche Hand für die Fuhrparke des
99 Bundes, der Länder und der Kommunen, immer wenn es einen urbanen Bedarf an
100 Dienstfahrzeugen gibt

101 (Maßnahme: Konzept der Bundesregierung und der Bundesbehörden)

102 - Voraussetzungen für eine umfassende Einbindung von Elektrofahrzeugen in das
103 Stromnetz schaffen (Vehicle to grid, V2G). V2G erfordert eine entsprechende Kom-
104 munikations- und Steuerungsinfrastruktur wie auch entsprechende Geschäftsmodel-
105 le.

106 (Maßnahme: u. a. Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes)

107 - Verpflichtung der Autoindustrie zur Bereitstellung von regenerativen Stromkapazitä-
108 ten, um Elektromobilität und erneuerbare Energien untrennbar zu koppeln. Dazu
109 dient eine Verpflichtung der Autoindustrie, für jedes (in Deutschland) verkaufte Elekt-
110 rofahrzeug, das über einen Anschluss für das Stromnetz verfügt (Elektrofahrzeuge,
111 Plug-in-Hybride), die Jahresproduktion an Strom aus erneuerbaren Energien in das
112 Netz einzuspeisen, die für ein durchschnittlich gefahrenes Fahrzeug benötigt wird –
113 und zwar das gesamte Autoleben lang. Die Industrie kann dieser Verpflichtung ent-
114 weder nachkommen, indem sie eigene Anlagen errichtet oder aber Verträge mit An-
115 lagenbetreibern schließt, die sich verpflichten, diese Kapazitäten zusätzlich aufzu-
116 bauen.

- 117 (Maßnahme: Neues Bundesgesetz zur E-Mobilität)
- 118 - Einrichtung eines Marktanreizprogramms für die Elektromobilität. Die Gewährung ei-
- 119 nes solchen Zuschusses ist kundenorientierter und marktwirtschaftlicher als direkte
- 120 Forschungszuwendungen an die Industrie. Mindestens 5.000 Euro sollten dem Auto-
- 121 käufer über ein Marktanreizprogramm (analog zum bestehenden
- 122 Marktanreizprogramm für die Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt) als
- 123 Zuschuss der öffentlichen Hand beim Kauf eines Elektrofahrzeuges ausbezahlt wer-
- 124 den (im Laufe der Jahre absinkend). Um innerhalb von 10 Jahren das Ziel von 1 Mio.
- 125 reinen Elektrofahrzeugen zu erreichen, wäre nur eine durchschnittliche jährliche Be-
- 126 reitstellung von Finanzmitteln in Höhe von 500 Mio. Euro notwendig.
- 127 (Maßnahme: Ergänzung des Marktanreizprogramms und Sicherung in einem neuen
- 128 Bundesgesetz zur E-Mobilität)

129 **6. Speicherausbau für eine sichere erneuerbare Energieversorgung**

- 130 - Einführung eines „Speicherbonus“ im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
- 131 (EEG) als Anreiz für Investitionen zur Stromspeicherung; hierzu zählen auch E-
- 132 Mobile, die teilweise als Speicher eingesetzt werden.
- 133 (Maßnahme: Änderung des EEG)
- 134 - Besonderes Förderprogramm auf der Basis zinsbegünstigter Kredite für die „Power to
- 135 Gas“-Technologie als vielversprechende Speichertechnologie wegen der Größe des
- 136 vorhandenen Gasnetzes.
- 137 (Maßnahme: KfW-Programm)
- 138 - Vorrang für Strom- und Gasspeicher sowie Geothermie gegenüber Kohlendioxid- Ein-
- 139 lagerung (CCS); Untersagung der unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung.
- 140 (Maßnahmen: Änderung des Raumordnungsgesetzes; Ablehnung des CCS-
- 141 Gesetzes)

142 **7. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fortentwickeln**

143 Grundlage des „Vorbilds Deutschland“ bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energie-

144 quellen ist das EEG. Mit der Novelle 2012 muss das EEG intelligent fortentwickelt werden.

145 Die Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen für alle Arten der Erneuerbaren von

146 der Wind- bis zur Wasserkraft und keine Stop-and-Go-Politik wie in den letzten Jahren spon-

147 taner drastischer Einschnitte. Das Vertrauen der neuen Träger in die Verlässlichkeit des

148 EEG ist das Fundament für die dezentrale Energiewende. Die unerwartete Abschaffung von

149 Vergütungstatbeständen (z.B. für Solarparks auf Ackerflächen) hat Kapital von Projektierern

150 und Investoren vernichtet und die Energiewende verlangsamt. Eine verlässliche und langfris-

151 tig vorgegebene Absenkung der Vergütung wirkt. Auf diese Weise kann die Photovoltaik bis

152 zum Jahr 2015 Netzparität erreichen.

153 Folgende Regelungen sind erforderlich:

- 154 - Das EEG darf nicht dazu benutzt werden, vorrangig und unausgewogen Großprojek-
- 155 te wie Off-Shore-Windparks oder große Biomasseanlagen zu fördern, sondern muss
- 156 weiterhin der Stärkung klein- und mittelgroßer Betreiber und Stadtwerke dienen.
- 157 Deshalb lehnen wir die Kürzung der Vergütung für Windkraftanlagen an Land genau-
- 158 so ab wie die ungerechtfertigte Erhöhung für große Off-Shore-Windkraftprojekte. Die-
- 159 se Maßnahmen treiben die Kosten und schaden der Volkswirtschaft.
- 160 - Windkraftanlagen brauchen eine verlässliche Vergütung. Der Systemdienstleistungs-
- 161 bonus muss erhalten bleiben oder kompensiert werden. Ein maßgeschneiderter Tat-

162 bestand soll für Kleinwindkraftanlagen eingeführt werden. Die Vergütung für
163 Repowering-Projekte soll attraktiver gestaltet werden.
164 - Die Solarvergütung soll vorhersehbar gestaltet werden und Anreize für Investitionen
165 schaffen. Der Rückgang der Vergütung (Degression) soll sich am tatsächlichen
166 Rückgang der Herstellungs- und Installationskosten einer Solaranlage orientieren.
167 Ein sog. Deckel, der den Zubau durch Kontingente oder Quoten begrenzt, wird strikt
168 abgelehnt.

169 8. Regionale Wertschöpfung

170 - Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen – vom ländli-
171 chen Raum bis zu den Städten und Metropolen – sollen die gesetzlichen Weichen so
172 gestellt werden, dass durch die dezentrale Energiewende möglichst viel der lokal neu
173 entstehenden Wertschöpfung bei den Menschen und der Wirtschaft vor Ort verbleibt.
174 Standortgemeinden für Windkraftanlagen garantiert das Gewerbesteuergesetz schon
175 heute 70 % der Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Den Gemeinden am Unterneh-
176 menssitz verbleiben 30 %. Um einen Anreiz für Städte und Gemeinden zur Förderung
177 von Investitionen in Solarparks, Biogas-, Geothermie-, Kraft-Wärme-Kopplungs- und
178 Wasserkraftanlagen zu setzen, soll die 70/30- Regelung – besser: eine 80/20-
179 Regelung – für alle EE- und KWK-Anlagen eingeführt werden.
180 (Maßnahme: Änderung des Gewerbesteuergesetzes)

181 9. Neubauverbot für fossile Großkraftwerke und Atomausstieg bis 2015

182 - Das Zeitalter nicht regelbarer Großkraftwerke nähert sich dem Ende. Der Neubau von
183 Kohlekraftwerken wird untersagt und ein zehnjähriges Ausstiegsprogramm in Kraft
184 gesetzt.
185 (Maßnahme: Änderung Bundesimmissionsschutzgesetz)
186 - Die Laufzeiten für Atomkraftwerke werden verkürzt und mit klaren Fristen versehen.
187 Produktionsmengen entscheiden nicht mehr über den Ausstieg. Das letzte Atom-
188 kraftwerk in Deutschland wird 2015 stillgelegt.
189 (Maßnahme: Änderung des Atomgesetzes)

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **11**

Antragsteller: Oliver Schmolinski

Mediaboxen auch in Kassel

Angenommen

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

- 1 Sinti und Roma wurden Zeiten des Nationalsozialismus von der deutschen Mehrheitsgesell-
2 schaft Misshandelt und systematisch Ermordet. Mehre zehntausende Menschen der Min-
3 derheitengruppe der Sinti und Roma wurde auf unmenschliche Weise in KZs eingesperrt und
4 umgebracht. Solche Unmenschlichkeit darf in Deutschland und sonst wo in der Welt akzep-
5 tiert werden. Dafür braucht es auch politische Bildung. Politische Bildung ermöglicht emanzi-
6 piert und kritische Wertebildung von Menschen, die der beste Schutz vor totalitären und ras-
7 sistischen Systemen sind.
- 8 Ein wesentlichen Beitrag für politische Bildung und zur Aufklärung über die systematische
9 Vernichtung der Minderheit leistet die Mediaboxen des Landesverbandes Hessen der Sinti
10 und Roma. Unter anderem in Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden werden diese Boxen den
11 Schulen zur Verfügung gestellt. Die Boxen enthalten diverse Materialien zum verschiedenen
12 Themen wie „Antiziganismus“ und „Verfolgung der Sinti und Roma“. Diese Themen werden
13 in der Schule leider nicht genügend Raum gegeben. Mit diesen Boxen können leicht didak-
14 tisch gut konstruierte und inhaltlich fundierte Unterrichtsstunden zu der Thematik gegeben
15 werden.
- 16 Wir fordern daher die Stadt Kassel auf, sich für den Erwerb mehrere Klassensätze der Me-
17 diaboxen einzusetzen.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **12**

Antragsteller: Julian Steiner

Weiterentwicklung des §121 Hessische Gemeindeordnung (HGO)

Angenommen

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS

- 1 Wir Jusos setzen uns für eine Weiterentwicklung des §121 HGO im Sinne der Hessischen
- 2 Städte und Gemeinden und einer schnellen und dezentralen Energiewende ein.
- 3 Der Paragraph muss so gestaltet werden, dass Kommunen auch weiterhin zu mehr als 50 %
- 4 an Erneuerbare Energie-Projekten beteiligt sein können. Außerdem sollten Kommunen neue
- 5 Energieprojekte prinzipiell in den steuerlichen Querverbund mit einbeziehen dürfen. So kön-
- 6 nen sie Gewinne aus der Energieversorgung mit Verlusten aus der Daseinsvorsorge ver-
- 7 rechnen..

Begründung:

Der Ausbau der Nutzung von Erneuerbaren Energien ist nur mit dezentralen und regionalen Strukturen umsetzbar und nicht mit den Großprojekten der vier marktbeherrschenden Energiekonzerne. Um dabei die Potenziale der regionalen Wertschöpfung mit Erneuerbaren Energien nutzen zu können, sind dezentral organisierte Akteure wie Stadtwerke, Kommunen und Bürger-beteiligungsgesellschaften nötig. Nur sie haben Interesse, Projekte vor Ort in der Region voranzutreiben und nicht nur renditeträchtige Großprojekte wie Off-shore-Windparks zu entwickeln.

Die derzeit in Entwicklung befindlichen Projekte zum Ausbau von Biogas, Wind oder Photovoltaik sehen in der Regel vor, gemeinsame Gesellschaften zu gründen, an denen mehrere Stadtwerke, Landwirte, Bürgergenossenschaften oder private Investoren beteiligt sind. Dabei halten Stadtwerke zumeist die Mehrheit an diesen Gesellschaften, da sie als Projektentwickler über das größte Know-How verfügen und finanzielle Risiken gut absichern können.

Praktisch ist es kaum möglich, Investoren wie etwa Landwirte oder Bürgergenossenschaften zu finden, die bereit sind, als Mehrheitsanteilseigner das hauptsächliche Projektrisiko zu übernehmen. In der Konsequenz drängt die von der konservativ-liberalen Regierungskoalition geplante Änderung der HGO Stadtwerke aus regionalen Projekten heraus, die dann weder finanzierbar, planbar noch ausführbar und somit zum Scheitern verurteilt sind.

Ziel muss es aber sein, die Kommunen im Rahmen der HGO-Novellierung bei der Umsetzung der Energiewende einzubinden. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und insbesondere Sachsen-Anhalt haben bei der Novellierung ihrer Gemeindeordnungen gezeigt, dass es hier gute Möglichkeiten für Impulse und Lösungsansätze gibt.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **13**

Antragsteller: Julian Steiner

Bundespräsident abschaffen!

Angenommen

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
SPD-Parteikonvent

- 1 Wir Jusos fordern die Abschaffung des Amtes des Präsidenten der Bundesrepublik Deutsch-
- 2 land.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **14**

Antragsteller: Julian Steiner

Verfassungsschutz abschaffen!

Angenommen

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag
SPD-Bundesparteitag
SPD-Parteikonvent
SPD-Fraktionsmitglieder im Deutschen Bundestag

- 1 Wir Jusos setzen uns für die Abschaffung des Bundesverfassungsschutzes und der Verfassungsschutzorganisationen der Länder ein und fordern stattdessen eine finanzielle Stärkung
- 2 der Bundeszentrale für politische Bildung, den Landeszentralen und zivilgesellschaftlicher
- 3 Projekte.
- 4

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 11. Februar 2012

Antrag **15**

Antragsteller: Johannes Gerken

Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien stoppen – Rüstungsexporte stärker reglementieren!

Angenommen

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

- 1 Wir Jusos lehnen die vom Bundessicherheitsrat beschlossenen Panzerlieferungen nach
2 Saudi-Arabien entschieden ab. Wir sehen es mit großer Sorge, dass die Bundesregierung
3 der Lieferung von Waffen an einen absolutistisch-monarchisch-verfassten Staat in einer Kri-
4 senregion zugestimmt hat. Dies ist schnellstmöglich rückgängig zu machen.
- 5 Wir Jusos stehen für eine waffenfreie Welt ein und fordern deshalb die konsequente Abrüs-
6 tung weltweit! Dies beinhaltet auch, dass die deutschen Rüstungsexporte (Deutschland ist
7 mittlerweile der drittgrößte Waffenexporteur) wesentlich stärker reglementiert werden und
8 perspektivisch gesetzlich untersagt werden müssen. Hierzu ist es notwendig die in Deutsch-
9 land und auch in Kassel beheimatete Rüstungsindustrie auf eine zivile Produktion umzuste-
10 len.
- 11 Aus unserer Sicht greift eine rein ökonomische und arbeitsmarktpolitische Betrachtung von
12 Rüstungsproduktion und -export zu kurz! Wer Waffen produziert und exportiert mag damit
13 wirtschaftlich erfolgreich sein und Arbeitsplätze schaffen. Dass die erzielten Unternehmens-
14 gewinne und die entsprechenden Gewerbesteuereinnahmen allerdings mit Blut behaftet
15 sind, ist ebenso deutlich!
- 16 Für uns Jusos und Sozialdemokraten müssen Werte und Normen immer Leitbild unseres
17 realpolitischen Handelns sein. Aus dieser Konsequenz heraus sollten wir so stark sein und
18 deutlich aussprechen, dass wir Rüstungsexporte ablehnen und zum anderen auch klar sa-
19 gen, dass die Rüstungsindustrie keine Zukunftsindustrie für Deutschland und auch nicht für
20 Kassel sein kann!

Begründung:

Erfolgt mündlich.